ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Lang, Kai-Olaf

Research Report

Doppelspitze in Warschau

SWP-Aktuell, No. 37/2006

Provided in Cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Lang, Kai-Olaf (2006) : Doppelspitze in Warschau, SWP-Aktuell, No. 37/2006, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/254626

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Aktuell

Stiftung
Wissenschaft und
Politik

Deutsches Institut
für Internationale
Politik und Sicherheit

Doppelspitze in Warschau

Kai-Olaf Lang

Die Regierungsübernahme Jarosław Kaczyńskis, des Zwillingsbruders von Staatspräsident Lech Kaczyński, hat neue Bedenken über die außen- und europapolitische Zuverlässigkeit Polens aufkommen lassen. Nach der Bildung einer Koalition unter Einschluss radikaler Parteien und der Entlassung des pragmatischen Premiers Marcinkiewicz, nach den deutsch-polnischen Verstimmungen infolge der Kaczyński-Satire in der *Tageszeitung* (taz) und der Absage des Weimarer-Dreiecks-Gipfels sorgte die Ankündigung einer harten Außenpolitik durch den neuen Ministerpräsidenten für Beunruhigung. Zu erwarten ist aber wohl kein außenpolitischer Crash-Kurs, sondern eher eine europapolitische Irrfahrt, gespickt mit Deutschland-kritischer Rhetorik und »patriotischen« Untertönen. Hintergrund dieser Tendenz ist die innenpolitische Agenda für den Aufbau einer neuen, IV. Republik und der Wunsch nach rasch vorzeigbaren Ergebnissen. Bei alledem ist zu beachten: Eine wachsende Selbstmarginalisierung schadet zuvorderst Polen selbst, doch muss das Land bei Schlüsselfragen der europäischen Politik eingebunden werden.

Kazimierz Marcinkiewicz war nach den Parlamentswahlen vom Herbst 2005 aus taktischen Gründen als Regierungschef installiert worden. Ein Premier Jarosław Kaczyński hätte die Chancen seines Bruders Lech bei den nachfolgenden Präsidentschaftswahlen deutlich gemindert. Zudem sollte Marcinkiewicz bei der Realisierung unangenehmer Maßnahmen als »Stoßstange« fungieren. Mit seinem sachlichen Aktivismus gewann der Premier allerdings schnell Popularität und wurde zur Bedrohung für den Führungsanspruch der Brüder. Überdies kam es zwischen dem Ministerpräsidenten und den Kaczyńskis immer häufiger zu Abstimmungsschwierigkeiten und personalpolitischen Differenzen. Die im Juli erfolgte Entlassung Marcinkiewiczs und seine Ersetzung durch Jarosław Kaczyński war mittelfristig der letztmögliche Moment für eine solche Zäsur, wollte man eine Demontage des Regierungschefs während des nahenden Regional- und Kommunalwahlkampfs vermeiden.

Machtexpansion und Reconquista

Die Brüder Kaczyński haben nach der Wahl eine entschlossene Machtexpansion betrieben. Nach der Bildung einer Koalition mit den Nationalkatholiken (LPR) und den Linkspopulisten der Partei *Samoobrona*

(»Selbstverteidigung«) will die PiS-Führung nun ihr strategisches Projekt einer *IV. Republik* mit neuem Elan angehen: Diese soll an die Stelle der 1989 entstandenen, aus Sicht der PiS von exkommunistischem Filz und korrupten Netzwerken zerrütteten III. Repu-blik treten. Das Ziel der PiS scheint ein auf polnische Gegebenheiten bezogener Typus einer »formierten Gesellschaft« zu sein – gedacht als eine Gemeinschaft zusammenwirkender Gruppen, die von einem in seiner Autorität gestärkten, an traditionellen Werten orientierten, wirtschafts- und sozialpolitisch intervenierenden Staat überwölbt werden.

Natürlich wird wie auch in der Vergangenheit der politische Alltag Polens weniger aufsehenerregend sein als die teils martialische Rhetorik, die den Regierungswechsel begleitete. Dennoch werden die Kaczyńskis wohl an mehreren Fronten in die Offensive gehen.

- Die Machtexpansion wird fortgesetzt. Nachdem Zentralbehörden, Regierungsagenturen und große Teile der Staatsfirmen unter die Kontrolle der PiS gebracht und die Führungsorgane der öffentlichen Medien umstrukturiert wurden, wird die Regierung durch den Umbau der Geheimdienste (Liquidierung des Militärgeheimdiensts WSI) und die Bildung der Zentralen Antikorruptionsbehörde CBA weitere Instrumente schaffen, die ihr als innenpolitisches Schwert dienen können. Andere Objekte der Begierde sind die Justiz (Berufung mehrerer Verfassungsrichter; Einflussnahme auf die Selbstverwaltungsorgane der Gerichte) und die öffentliche Verwaltung (Führungsposten können nach einer Änderung des Gesetzes über den Öffentlichen Dienst stärker nach politischen Kriterien vergeben werden).
- Das Kernelement der von der PiS eingeleiteten antikommunistischen Reconquista ist die Verschärfung des »Lustrationsgesetzes«, das die Durchleuchtung von Amtsträgern auf eine frühere Spitzeltätigkeit für die kommunistischen Geheimdienste vorsieht. Hierdurch sollen postkommunistische Seilschaften definitiv ausgebootet werden.
- Die Akzentuierung »historischer Politik«, die Propagierung eines moralischen Neubeginns und »patriotische« Erziehung sind Bestandteil einer umfassenderen »konservativen Revolution« zur Erlangung der ideologischen Vormachtstellung gegenüber dem liberalen Milieu.
- Weniger dynamisch dürften die Pläne der PiS in Sachen Wirtschaft aussehen. Obwohl sie langfristig das Ziel einer »nationalen Volkswirtschaft« verfolgt mit staatlich kontrollierten Großunternehmen besonders in strategisch sensiblen Bereichen, möchte man nicht das Etikett einer dirigistischen Wirtschaftspolitik erhalten. Die Ernennung des reformfreundlichen Stanisław Kluza zum Finanzminister sollte sicherlich die Märkte beruhigen und Kontinuität zum liberalen Kurs signalisieren; die Reform der Staatsfinanzen gilt als wichtiges Ziel.

Kurzfristig wird sich die PiS auf die im Herbst anstehenden Wahlen in den Wojewodschaften und Kommunen konzentrieren, um ihren Einfluss in der Fläche abzusichern und ihre dort noch schwache Organisationsstruktur zu festigen. Ein Schritt in diese Richtung ist die Änderung des einschlägigen Wahlgesetzes, das die Parteien der Regierungskoalition bevorzugen wird.

Diese ambitionierte innenpolitische Agenda wird einen Großteil der Aufmerksamkeit der PiS binden. Nicht zuletzt wird auch der neue Premier mit den Schwierigkeiten des Machtmanagements (etwa im Hinblick auf den sprunghaften Samoobrona-Chef Lepper) zu kämpfen haben. Vor allem aber muss die PiS wieder zurück zu dem Thema, mit dem sie die Wahlen gewonnen hat und das in den letzten Monaten durch eine nationalkonservative Rhetorik überlagert wurde: zum »sozialen Polen«.

»Patriotische Außenpolitik« in Europa

Das außenpolitische Entree Jarosław Kaczyńskis verlief denkbar schlecht. Statt

nach der emotionalisierten *Taz*-Affäre, dem abgesagten Gipfel des Weimarer Dreiecks und dem alarmistischen Brief aller ehemaligen polnischen Außenminister Umsicht und Pragmatismus zu zeigen, verkündete der neue Regierungschef ein neues Selbstbewusstsein: »Unsere Partner müssen sich damit abfinden, dass Polen eine harte Außenpolitik verfolgen wird. Nichts wird uns auf die Gleise zurückbringen, die uns zwar in NATO und EU geführt haben, uns aber in diesen Strukturen keine Positionen gaben, die es uns erlaubten, unsere elementaren nationalen Interessen zu realisieren.« (Interview mit der Zeitschrift *Ozon*).

Doch wie brachial wird die »Außenpolitik der patriotischen Kräfte« (so der PiS-Europaabgeordnete Michał Kamiński) wirklich sein? Wie wird sie sich auf Polens Verhalten in der EU auswirken? In Polens Europapolitik hat sich bereits vor einiger Zeit ein neuer Konsens der Unbeugsamkeit herausgebildet. Unnachgiebigkeit und Interessenpolitik sind keineswegs neu, schon die Regierung der Linken eckte bei Themen wie dem Irak-Krieg oder der doppelten Mehrheit in der EU an. Der Slogan »Nizza oder Tod!« stammt vom Schattenaußenminister der »proeuropäischen« Bürgerplattform. Die Europapolitik der Marcinkiewicz-Kabinette war andererseits nicht wesentlich ruppiger als die ihrer Vorgänger. So wird Polen weiterhin ein »solidarischer Egoist« in der EU bleiben, ein Land, das Loyalität anmahnt, selbst aber eine Politik der Solidarität à la carte praktiziert.

Neu wird eine markantere »neonationalistische« (Aleksander Smolar) und »europarealistische« Rhetorik sein. Sie wird zusammen mit Vorwürfen eines angeblich in Europa bestehenden »antipolnischen Rassismus« und eines gegen Polen geführten »Kulturkampfes« (J. Kaczyński unter Bezug auf den Soziologen Zdzisław Krasnodębski) die unangenehme Begleitmusik zu einer in der Substanz wenig spektakulären Europapolitik bilden.

Auch wenn in der europapolitischen Alltagspraxis vieles unauffällig bleiben wird, dürfte es wohl etwas häufiger Situationen geben, in denen Polen seinen Standpunkt und seine Interessen mit der Brechstange durchzusetzen versuchen wird. Die noch in die Ära Marcinkiewicz fallenden Beispiele (Reform des Zuckermarkts, Ausnahmeregelungen bei der Mehrwertsteuer) bieten einerseits einen Vorgeschmack hierauf, zeigen andererseits aber auch, dass Polen durch eine Blockadehaltung in der EU weit weniger beeinflussen kann als mit einer flexibleren Haltung.

Nachdenklich stimmen sollte eher die weiterhin inkonsistente, ja nicht existente europapolitische Reflexion auf Seiten der PiS-Administration. In der Verfassungsfrage hat sich Polen abgemeldet. In Zeiten einer ungeklärten institutionellen Zukunft der EU tritt Warschau unverdrossen für weitere Erweiterungsrunden ein. Die Risiken einer inneren Fragmentierung der Union (Stichwort »Kerneuropa«) werden kaum erwogen.

Letztlich schadet sich Polen durch diese mit europaskeptischen Untertönen versehene Konzeptionslosigkeit vor allem selbst. Denn die durch eine ostentative Europa-Aversion verursachte Selbstmarginalisierung begrenzt die Durchsetzungsfähigkeit des Landes bei EU-politischen Fragen, die ihm wichtig sind (wie etwa Ukraine, Belarus, Nachbarschaftspolitik, Energiepolitik).

Polen und Deutschland: Konfrontative Kooperation

Die PiS-Führung sieht Deutschland offensichtlich nicht als Verbündeten, sondern als Rivalen. Zwar wird die Zusammenarbeit mit Deutschland nicht explizit zurückgefahren, doch sieht man in den Beziehungen zu Berlin kein besonders zu pflegendes Gut im Interesse des großen europäischen Ganzen. Ernüchternd ist hierbei weniger die für die PiS typische Deutschland-skeptische Rhetorik als das Fehlen einer klaren Positionierung gegenüber dem westlichen Nachbarn: Deutschland wurde in der Regierungserklärung Jarosław Kaczyńskis mit keinem Satz erwähnt.

Folglich werden die deutsch-polnischen Beziehungen auf absehbare Zeit nicht die

Qualität einer proaktiven Gestaltungsgemeinschaft für Europa erreichen. Wenn überhaupt, wird dergleichen erst nach Änderung der politischen Parameter in Warschau möglich werden, so dass die gegenwärtige Flaute in den deutsch-polnischen Beziehungen auch ein Stück weit ausgesessen werden muss.

Wahrscheinlich ist indes, dass die Beziehungen der Logik konfrontativer Kooperation folgen werden. Wie zuvor wird es auch künftig immer wieder zu politischen Irritationen kommen, die bisweilen von polnischer Seite ideologisch überhöht werden. Bekannte Reizthemen wie etwa historische Fragen (Konkretisierung des Gedenkens an die Vertreibung; Ausstellung des »Zentrums gegen Vertreibungen«) oder die Gasleitung durch die Ostsee werden für weitere atmosphärische Störungen sorgen. Doch unabhängig davon werden beide Länder in zahlreichen Feldern solide und sachlich zusammenarbeiten.

Was heißt dies für Deutschlands Umgang mit Polen? Für Deutschland wird Polen immer ein wichtiger *Nachbar* sein. Aber ob *dieses* Polen ein hervorgehobener *Partner* sein kann, ist fraglich. Aus deutscher Sicht heißt dies natürlich nicht, dass Polen ignoriert werden könnte. Denn es kann nicht in Deutschlands Interesse liegen, wenn sich ein wichtiges Mitgliedsland der EU langsam, aber sicher ins Abseits manövriert.

In zahlreichen europapolitischen Fragen ist eine eventuelle Randständigkeit Polens eher ein Problem für Polen als für Deutschland oder die EU insgesamt. Wenn etwa die Warschauer Vorstellungen zur Nachbarschaftspolitik ohne Widerhall bleiben, gereicht das eher Polen als Deutschland zum Nachteil. Jedoch gibt es in einem Zeithorizont, in dem die Kaczyński-Brüder mit Sicherheit in der polnischen Politik präsent sein werden (bis zum Ende der Amtszeit des Staatspräsidenten 2009 bzw. unter Umständen bis Ende der Legislaturperiode 2008) bedeutende europäische Themen, bei denen Polen miteinbezogen werden muss.

Zum Beispiel wird es um den Verfassungsvertrag oder allfällige Alternativen gehen. Von polnischer Seite wurde unter anderem angedeutet, die »doppelte Mehrheit« wieder auf die Agenda zu bringen – wenn auch möglicherweise nur als Verhandlungsmasse. Deutschland sollte frühzeitig überlegen, wie hierauf zu reagieren ist, um Polen entweder den Vertrag insgesamt (so der Ratifizierungsprozess weitergeht) schmackhaft zu machen oder (für den Fall eines Aufschnürens) bestimmte Essentials aufrechtzuerhalten. Denkbar wären Vereinbarungen wie »Zugeständnisse bei der Energiepolitik gegen doppelte Mehrheit« oder »Entgegenkommen bei der Nachbarschaftspolitik gegen Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen«. Der sanfte Verweis auf ein steigendes Risiko von »Kerneuropa« könnte dabei in Reserve gehalten werden. Mit Polen muss auch bei der 2008/2009 anstehenden Durchsicht des EU-Haushalts gerechnet werden. Hier sollte frühzeitig die polnische Interessenlage sondiert werden. Wie sich schon bei den Verhandlungen um die finanzielle Vorausschau 2007–2013 angedeutet hat, könnte es etwa in Agrarfragen zu einem Schulterschluss zwischen Warschau und Paris kommen.

Auf praktischer Ebene bringt sich auch die PiS-Administration konstruktiv in die EU ein. Etwa im Bereich Justiz und Inneres, wo sich Polen im März erstmals an der Zusammenarbeit der großen EU-Länder zu Fragen der inneren Sicherheit beteiligte (G6-Treffen in Heiligendamm). Mit großer Mehrheit wurde im polnischen Parlament auch die notwendige Verfassungsänderung für den Europäischen Haftbefehl auf den Weg gebracht. Auch bei Angelegenheiten der äußeren Sicherheit legt sich Polen keineswegs quer. Das Land stellt das drittgrößte Kontingent bei der EU-Mission im Kongo und beteiligt sich seinen Möglichkeiten entsprechend an der Zusammenstellung einer der europäischen Battle Groups. Mittelfristig will sich Polen zusammen mit Deutschland und Frankreich an einer weiteren Kampfgruppe beteiligen. Dieses Engagement sollte sichtbarer gemacht werden. Es ist auch Beleg dafür, dass Polen sich keineswegs gegenüber Europa verschließt.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2006
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364